

Bundesgesetzblatt

697

Teil II

1959	Ausgegeben zu Bonn am 25. Juni 1959	Nr. 25
- Tag	Inhalt:	Seite
20. 6. 59	Gesetz zu dem Abkommen vom 31. März 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal über den Luftverkehr	697
19. 6. 59	Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Westeuropäische Union, die nationalen Vertreter, das internationale Personal und die für die Westeuropäische Union tätigen Sachverständigen	704
4. 5. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über deutsche Auslandsschulden (Erstreckung auf Surinam)	714
1. 6. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Pflanzenschutz-Organisation für Europa und den Mittelmeerraum (Beitritt Bulgariens und Rumäniens)	714
30. 4. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes	715
19. 6. 59	Dritte Verordnung zur Erneuerung des Zollzugeständnisses der Vereinbarung vom 29. Juni 1956 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die zollfreie Einfuhr von Chilesalpeter in der Zeit vom 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957 (Zollkontingent für Chilesalpeter — Dritte Erneuerung)	716

Gesetz zu dem Abkommen vom 31. März 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal über den Luftverkehr.

Vom 20. Juni 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Lissabon am 31. März 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Artikel 6 des Abkommens gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik

Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 20. Juni 1959.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal
über den Luftverkehr

Acordo
sobre transportes aéreos
entre a República Federal da Alemanha e Portugal

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
PORTUGAL,

IN DEM WUNSCH, den Luftverkehr zwischen ihren
Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu regeln,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus
dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luftfahrtbehörde“, in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr, in bezug auf Portugal das Verkehrsministerium — Generaldirektion für Zivilluftfahrt —, oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „Bezeichnetes Unternehmen“ ein Luftverkehrsunternehmen, das ein Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat nach Artikel 3 als ein Unternehmen bezeichnet hat, das den internationalen Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Fluglinien betreiben soll;
- c) „Hoheitsgebiet“, den Begriff, der in Artikel 2 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 festgelegt ist;
- d) „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“, die Begriffe, die in Artikel 96 Buchstaben a, b und d des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 festgelegt sind.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat gewährt dem anderen Vertragsstaat zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

das Recht des Überflugs,

das Recht der Landung zu nichtgewerblichen Zwecken, das Recht, an den Punkten in seinem Hoheitsgebiet, die in den festgelegten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht entsprechend den in diesem Abkommen vereinbarten Bestimmungen gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der beiden Vertragsstaaten den internationalen Fluglinienverkehr zu betreiben berechtigt sind, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zu vereinbaren ist.

A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA
e
PORTUGAL,

COM O OBJECTIVO de regularem os transportes aéreos entre os seus respectivos territórios, e para além deles,

CELEBRARAM O SEGUINTE ACORDO:

Artigo 1º

Para os fins do presente Acordo, salvo quando no texto diferentemente se disponha:

- a) A expressão „autoridades aeronáuticas,“ significa, no que respeita à República Federal da Alemanha, o „Bundesminister für Verkehr,“ e, no que respeita a Portugal, o „Ministério das Comunicações — Direcção Geral da Aeronáutica Civil,“ ou, em ambos os casos, qualquer outra entidade ou organismo autorizado a exercer as mesmas funções.
- b) A expressão „empresa aérea designada,“ significa uma empresa aérea que uma das Partes Contratantes tiver, em conformidade com o artigo 3º, indicado à outra Parte Contratante para explorar um serviço aéreo internacional nas rotas estabelecidas nos termos do artigo 2º, parágrafo (2).
- c) A palavra „território,“ tem o significado previsto no artigo 2º da Convenção de Aviação Civil Internacional, de 7 de Dezembro de 1944.
- d) As expressões „serviço aéreo,“, „serviço aéreo internacional,“ e „escala para fins não comerciais,“ têm o significado previsto no artigo 96, alíneas a), b) e d), da Convenção de Aviação Civil Internacional, de 7 de Dezembro de 1944.

Artigo 2º

(1) Para o efeito da exploração de serviços aéreos internacionais, pelas empresas designadas, nas rotas estabelecidas em conformidade com o parágrafo (2), as Partes Contratantes concedem-se reciprocamente:

— o direito de trânsito;

— o direito de escala para fins não comerciais; e

— o direito de embarcar e desembarcar, para fins comerciais, passageiros, correio e/ou carga nos pontos, dos respectivos territórios, especificados nas supracitadas rotas e nas condições estipuladas neste Acordo.

(2) Os quadros das rotas nos termos das quais as empresas designadas pelas Partes Contratantes poderão explorar serviços aéreos internacionais, serão estabelecidos por acordo confirmado por troca de notas diplomáticas.

(3) Keine Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels ist so auszulegen, daß den Unternehmen eines Vertragsstaates das Recht übertragen wird, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Fluggäste, Post und/oder Fracht aufzunehmen, deren Bestimmungsort ein anderer Ort im Gebiet des anderen Vertragsstaates ist.

Artikel 3

(1) Mit dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit begonnen werden, wenn

- a) der Vertragsstaat, dem die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat, und
- b) der Vertragsstaat, der die Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Der Vertragsstaat, der die Rechte gewährt, wird vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich der Festsetzung der Tarife nach Artikel 9 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich erteilen.

(3) Jeder Vertragsstaat kann von einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und Vorschriften des erstgenannten Staates für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Jeder Vertragsstaat kann einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften des anderen Vertragsstaates oder diesem selbst zustehen.

Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und Vorschriften des die Rechte gewährenden Vertragsstaates oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht wird jeder Vertragsstaat nur nach einer Konsultation nach Artikel 12 Gebrauch machen, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebes oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Jeder Vertragsstaat hat das Recht, durch schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragsstaat ein bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes zu ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Die Gebühren und andere Abgaben, die in jedem Vertragsstaat für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für inländische Luftfahrzeuge in ähnlichen internationalen Diensten erhoben werden.

(3) Nenhuma das disposições do parágrafo (1) deste artigo pode ser interpretada no sentido de que as empresas designadas por uma Parte Contratante têm o direito de embarcar no território da outra Parte Contratante passageiros, correio e/ou carga destinados a outro ponto do mesmo território.

Artigo 3º

(1) A exploração dos serviços aéreos internacionais nas rotas estabelecidas nos termos do parágrafo (2) do Artigo 2º poderá ser iniciada em qualquer altura, desde que

- a) a Parte Contratante à qual são concedidos os direitos mencionados no artigo 2º, parágrafo (1), tenha designado por escrito uma ou mais empresas; e
- b) a Parte Contratante que concede os direitos tenha autorizado a empresa ou empresas designadas a iniciar os serviços aéreos.

(2) A Parte Contratante que concede os direitos dará sem demora, sob reserva das disposições dos parágrafos (3) e (4) e da fixação das tarifas nos termos do Artigo 9º, autorização para a exploração dos serviços aéreos internacionais.

(3) Cada Parte Contratante poderá exigir que uma empresa designada pela outra Parte Contratante prove que está em condições de satisfazer os requisitos prescritos pelas leis e regulamentos da Parte Contratante indicada em primeiro lugar, para a realização dos serviços aéreos internacionais.

(4) Cada Parte Contratante poderá recusar a uma empresa designada pela outra Parte Contratante o exercício dos direitos concedidos no Artigo 2º, se essa empresa não estiver em condições de fornecer as provas que lhe forem exigidas de que uma parte substancial da respectiva propriedade e a sua fiscalização efectiva pertencem a nacionais, ou a organismos da outra Parte Contratante ou ao próprio Estado.

Artigo 4º

(1) Cada uma das Partes Contratantes reserva-se o direito de revogar ou limitar a autorização concedida nos termos do artigo 3º, parágrafo (2), quando a empresa designada deixar de observar as leis e os regulamentos vigentes no território da Parte Contratante que concede os direitos, ou as disposições deste Acordo, ou quando faltar às obrigações dele decorrentes. Do mesmo modo, se procederá, se a prova exigida no artigo 3º, parágrafo (4), não fôr apresentada. Cada uma das Partes Contratantes somente usará deste direito após a consulta prevista no artigo 12º, salvo se, para evitar a repetição de infracções às leis e regulamentos, fôr necessário suspender a exploração ou impor restrições imediatamente.

(2) Cada uma das Partes Contratantes reserva-se o direito de, por comunicação escrita à outra Parte Contratante, cancelar a designação de uma empresa e substituí-la por outra. A nova empresa designada gozará dos mesmos direitos e terá as mesmas obrigações que a empresa substituída.

Artigo 5º

As taxas e outros encargos impostos no território de uma das Partes Contratantes às aeronaves da outra Parte Contratante pela utilização dos aeroportos e outras facilidades não serão superiores aos pagos pelas aeronaves nacionais afectas a serviços aéreos internacionais similares.

Artikel 6

(1) Die Vertragsstaaten gewähren hinsichtlich der Luftfahrzeuge, die von einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates ausschließlich im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, die folgenden Abgabenvergünstigungen:

1. Die von einem bezeichneten Unternehmen des einen Vertragsstaates verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen üblichen Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile bleiben frei von Zöllen, Untersuchungsgebühren oder ähnlichen Abgaben und Gebühren.

Das gleiche gilt für Luftfahrtbetriebsstoffe und Bordverpflegung, wenn sie an Bord dieser Luftfahrzeuge verbraucht werden, und zwar auch auf dem Teil der Flüge, der zwischen Orten im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates stattfindet.

2. Ersatzteile, Ausrüstungsgegenstände und Luftfahrtbetriebsstoffe, die
 - a) aus den in Nummer 1 genannten Luftfahrzeugen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates unter Zollüberwachung ausgebaut oder sonst von Bord gebracht und dort gelagert werden, oder
 - b) für diese Luftfahrzeuge in das Gebiet des anderen Vertragsstaates unter Zollüberwachung eingeführt und dort gelagert werden,

bleiben frei von den in Nummer 1 bezeichneten Abgaben, wenn sie unter Zollüberwachung in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden oder auf andere Weise wieder ausgeführt werden.

Für Luftfahrtbetriebsstoffe, die unter Zollüberwachung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates an Bord der Flugzeuge eines bezeichneten Unternehmens genommen werden und im internationalen Fluglinienverkehr Verwendung finden, werden weder die genannten Abgaben erhoben noch etwaige besondere Verbrauchsabgaben, mit denen die Luftfahrtbetriebsstoffe in diesem Vertragsstaat belastet sind.

Die gleiche Abgabenbefreiung wird für solche Ersatzteile, Ausrüstungsgegenstände und Luftfahrtbetriebsstoffe gewährt, die unter Zollüberwachung aus entsprechenden Lagern anderer Luftfahrtunternehmen entnommen und in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden.

(2) Soweit für die in Absatz 1 genannten Waren Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen sie nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

Artikel 7

(1) Den bezeichneten Unternehmen jedes Vertragsstaates ist in billiger und gleicher Weise Gelegenheit zu geben, den Betrieb auf jeder der nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien durchzuführen.

(2) Bei dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien hat ein bezeichnetes Unternehmen eines Vertragsstaates auf die Interessen eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates Rücksicht zu nehmen, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

Artigo 6º

(1) Cada uma das Partes Contratantes concederá isenção de direitos aduaneiros e outros encargos, abaixo mencionados, às aeronaves da empresa designada pela outra Parte Contratante, exclusivamente afectas aos serviços aéreos internacionais, nos termos seguintes:

1. As aeronaves da empresa designada por uma das Partes Contratantes ao entrar, sair ou sobrevoar o território da outra Parte Contratante, bem como o equipamento regular e peças sobresselentes, a bordo de tais aeronaves, serão isentas de direitos aduaneiros, despesas de inspecção e outros direitos ou encargos semelhantes.

Este tratamento aplicar-se-á também ao combustível, óleos lubrificantes e provisões de bordo, se forem usadas ou consumidas nas aeronaves, mesmo quando em voos entre pontos do território desta Parte Contratante.

2. As peças sobresselentes, artigos de equipamento, combustível e óleos lubrificantes que
 - a) sejam retirados das aeronaves referidas no nº 1 deste parágrafo ou, doutro modo, retirados de bordo e armazenados no território da outra Parte Contratante, sob fiscalização aduaneira, ou
 - b) importados, para tais aeronaves, e armazenados no território da outra Parte Contratante, sob fiscalização aduaneira,

serão isentos de direitos e dos encargos mencionados no nº 1 deste parágrafo se forem montados ou, doutro modo, levados para bordo das ditas aeronaves, sob fiscalização aduaneira, ou doutra forma reexportados.

O combustível e óleos lubrificantes recebidos, sob fiscalização aduaneira, pelas aeronaves de uma empresa designada, no território da outra Parte Contratante e afectas a serviços aéreos internacionais não ficarão sujeitos aos supracitados direitos e encargos, nem a quaisquer impostos de consumo que sejam aplicáveis a combustíveis e óleos lubrificantes, nesta Parte Contratante.

A mesma isenção de direitos e outros encargos será concedida às peças sobresselentes, artigos de equipamento, combustível e óleos lubrificantes recebidos de armazens de outras empresas e instalados ou, doutro modo, levados para bordo das ditas aeronaves, sob fiscalização aduaneira.

(2) As mercadorias referidas no parágrafo (1) não ficarão sujeitas a quaisquer proibições ou restrições de importação, exportação e trânsito que, doutro modo, poderiam ser aplicáveis, enquanto gozarem de tais isenções.

Artigo 7º

(1) Será concedida às empresas designadas pelas Partes Contratantes justa e igual oportunidade na exploração das rotas estabelecidas nos termos do Artigo 2º, parágrafo (2).

(2) Na exploração de serviços aéreos internacionais nas rotas estabelecidas nos termos do Artigo 2º, parágrafo (2), a empresa designada por uma Parte Contratante deverá tomar em consideração os interesses da empresa designada pela outra Parte Contratante, a fim de os serviços aéreos explorados por esta empresa, em toda ou parte da mesma rota, não serem indevidamente afectados.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien soll vor allem dazu dienen, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates entspricht, der das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Fluggäste, Post und/oder Fracht an den Punkten der festgelegten Linien, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates liegen, nach oder von dritten Staaten aufzunehmen und abzusetzen, ist im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so auszuüben, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, der das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung der örtlichen und regionalen Linien,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebes auf den festgelegten Linien.

Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsstaaten spätestens einen Monat vor Beginn des Betriebes auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art des Betriebes, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Das gleiche gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde des einen Vertragsstaates wird der Luftfahrtbehörde des anderen Vertragsstaates auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen übermitteln, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen haben alle Angaben zu enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht anzuwenden sind, werden unter Berücksichtigung aller Umstände, wie der Kosten des Betriebes, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt. Bei der Festsetzung soll nach den Bestimmungen der folgenden Absätze verfahren werden.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie durch Vereinbarung der beteiligten bezeichneten Unternehmen festgesetzt. Hierbei sollen sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen richten, die auf Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen sollen sich nach einer Beratung mit den Luftverkehrsunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, wenn möglich unmittelbar untereinander verständigen.

(3) Die auf diese Weise festgesetzten Tarife werden den Luftfahrtbehörden beider Vertragsstaaten spätestens einen Monat vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten der Tarife zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(3) Os serviços aéreos internacionais nas rotas estabelecidas nos termos do Artigo 2º, parágrafo (2), terão por objectivo principal oferecer uma capacidade adequada à previsível procura de tráfego destinado a, ou proveniente do território da Parte Contratante que designou a empresa. O direito desta empresa de embarcar e desembarcar, nos pontos das rotas estabelecidas situados no território da outra Parte Contratante, passageiros, correio e/ou carga, com destino a, ou proveniente de terceiros países, deverá ser exercido no interesse do desenvolvimento ordenado do transporte aéreo internacional e de modo que a capacidade se adapte:

- a) à procura de tráfego de e para o território da Parte Contratante que designou a empresa;
- b) à procura de tráfego existente nas regiões atravessadas, respeitadas os interesses dos serviços locais e regionais; e
- c) às exigências de uma exploração económica das rotas estabelecidas.

Artigo 8º

(1) As empresas designadas comunicarão às autoridades aeronáuticas de ambas as Partes Contratantes, um mês, pelo menos, antes do começo da exploração das rotas estabelecidas nos termos do parágrafo (2) do Artigo 2º, a natureza do serviço, os tipos de aeronaves e os horários previstos. O mesmo regime se aplicará igualmente a modificações ulteriores.

(2) As autoridades aeronáuticas de cada Parte Contratante fornecerão periódica ou ocasionalmente às autoridades aeronáuticas da outra Parte Contratante, a pedido destas, todos os dados estatísticos que possam ser razoavelmente exigidos para verificação da capacidade oferecida nas rotas estabelecidas nos termos do parágrafo (2) do Artigo 2º pela empresa designada. Estes dados deverão incluir todas as informações necessárias para determinar o volume do tráfego, bem como a sua origem e destino.

Artigo 9º

(1) As tarifas referentes a passageiros e carga a aplicar nas rotas estabelecidas nos termos do parágrafo (2) do Artigo 2º serão fixadas tendo em conta todos os factores relevantes, tais como custo da exploração, lucro razoável, características das diferentes rotas e tarifas aplicadas por outras empresas que explorem as mesmas rotas no todo ou em parte. Essa fixação deverá obedecer ao disposto nos parágrafos seguintes:

(2) As tarifas deverão, na medida do possível, ser estabelecidas para cada rota por acordo entre as empresas designadas. Para o efeito, deverão estas observar as decisões que possam aplicar-se com base nos procedimentos resultantes das conferências de tráfego da Associação Internacional do Transporte Aéreo (IATA) ou, se possível, entender-se directamente, após consulta com as empresas de terceiros países que explorem as mesmas rotas, no todo ou em parte.

(3) As tarifas assim acordadas serão submetidas à aprovação das autoridades aeronáuticas de ambas as Partes Contratantes um mês, pelo menos, antes da data prevista para a sua entrada em vigor. Este período poderá ser reduzido em casos especiais se as autoridades aeronáuticas assim o entenderem.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Einigung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich ein Vertragstaat mit den ihm nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so sollen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragstaaten die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen ist, vereinbaren.

(5) Kommt zwischen den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragstaaten eine Vereinbarung nach Absatz 4 nicht zustande, so findet Artikel 13 Anwendung. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, hat der Vertragstaat, der sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt, das Recht, von dem anderen Vertragstaat die Aufrechterhaltung der vorher in Kraft befindlichen Tarife zu verlangen.

Artikel 10

Tritt ein von beiden Vertragstaaten angenommenes mehrseitiges Luftverkehrsabkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Abkommen dieses Abkommen aufhebt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 12 dieses Abkommens statt.

Artikel 11

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragstaaten findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 12

Zur Erörterung der Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans kann ein Vertragstaat jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Auslegung und Anwendung des Abkommens, wenn ein Meinungsaustausch nach Artikel 11 nach Ansicht eines Vertragstaates ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt innerhalb einer Frist von sechzig Tagen nach Eingang des Antrags.

Artikel 13

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens nicht nach Artikel 12 beigelegt werden kann, ist sie auf Antrag eines Vertragstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern. Von Fall zu Fall bestellt jeder Vertragstaat einen Schiedsrichter. Über den Obmann des Schiedsgerichts, der einem dritten Staat angehören muß, führen die Vertragstaaten Übereinstimmung herbei. Werden die Schiedsrichter nicht innerhalb von zwei Monaten, der Obmann nicht innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem ein Vertragstaat seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragstaat den Präsidenten des Rates der ICAO bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Für den Fall, daß der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragstaaten besitzt oder aus anderem Grunde verhindert ist, soll sein Stellvertreter im Amt die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(4) Se não se chegar a acordo entre as empresas designadas em conformidade com o disposto no parágrafo (2), ou se uma das Partes Contratantes não concordar com as tarifas submetidas à sua aprovação nos termos do parágrafo (3), as autoridades aeronáuticas das duas Partes Contratantes poderão acordar nas tarifas referentes às rotas ou troços de rota sobre as quais não houve entendimento.

(5) Não chegando as autoridades aeronáuticas das duas Partes Contratantes a acordo nos termos do parágrafo (4), aplicar-se-á o disposto no Artigo 13º. Enquanto não fôr proferida a sentença arbitral, a Parte Contratante que não concorda com uma tarifa terá o direito de exigir da outra Parte Contratante que se mantenham as tarifas anteriormente em vigor.

Artigo 10º

Se um acordo multilateral sobre transportes aéreos, aceite por ambas as Partes Contratantes, entrar em vigor, prevalecerão as disposições desse acordo. As consultas para determinar até que ponto tal acordo multilateral revoga, modifica ou completa o presente acordo, efectuar-se-ão nos termos do Artigo 12º.

Artigo 11º

As autoridades aeronáuticas das Partes Contratantes entrarão em contacto, quando necessário, para assegurar estreita colaboração e concordância em todos os assuntos respeitantes à aplicação e interpretação deste acordo.

Artigo 12º

As Partes Contratantes poderão promover, em qualquer altura, a realização de consultas com vista a modificar este acordo ou os quadros de rotas. O mesmo se observará relativamente à interpretação e aplicação do Acordo, quando uma das Partes Contratantes julgar que foi infrutífero o contacto entre as autoridades aeronáuticas previsto no Artigo 11º.

As consultas terão início dentro de 60 dias a contar da data da recepção do pedido para a sua realização.

Artigo 13º

(1) Os diferendos relativos à aplicação ou interpretação deste Acordo, que não possam ser solucionados nos termos do artigo 12º, deverão ser submetidos, a pedido de uma das Partes Contratantes, a um tribunal arbitral.

(2) O tribunal arbitral será constituído por três árbitros. Em cada caso, cada uma das Partes Contratantes nomeará um árbitro. As Partes Contratantes pôr-se-ão de acordo, quanto à escolha do árbitro presidente que deverá ter a nacionalidade de um terceiro país. Se os árbitros não forem nomeados no prazo de dois meses, e o presidente não fôr escolhido no prazo de três meses, a partir da data em que uma das Partes Contratantes comunicou a sua intenção de recorrer ao tribunal arbitral, pode cada uma delas, à falta de outro acordo, solicitar ao presidente do Conselho da Organização da Aviação Civil Internacional (ICAO), que proceda às necessárias nomeações. No caso de o presidente do Conselho da Organização da Aviação Civil Internacional (ICAO) possuir a nacionalidade de uma das Partes Contratantes, ou estando impedido por outro motivo, o seu substituto no Conselho fará as devidas nomeações.

(3) Das Schiedsgericht trifft mit Stimmenmehrheit seine Entscheidungen, denen sich die Vertragsstaaten unterwerfen. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes. Die übrigen Kosten werden von beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 14

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenaustausch nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung mitgeteilt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen jederzeit kündigen. Das Abkommen tritt zwölf Monate nach Eingang der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat außer Kraft.

GESCHEHEN zu Lissabon am 31. März 1958 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Paulo Cunha

Dr. G. Seelos

(3) O tribunal arbitral tomará as suas deliberações por maioria de votos com as quais as Partes Contratantes se obrigam a conformar-se. Cada uma das Partes Contratantes pagará as despesas do seu árbitro. As demais custas são suportadas em partes iguais pelas duas Partes Contratantes. Nos demais aspectos, o tribunal arbitral determinará os princípios a serem seguidos no processo.

Artigo 14º

O presente Acordo, todas as suas alterações e notas trocadas nos termos do parágrafo (2) do Artigo 2º serão remetidos para registo à Organização da Aviação Civil Internacional.

Artigo 15º

(1) Este acordo carece de ratificação. A troca de ratificações terá lugar em Bonn logo que possível.

(2) O Acordo entrará em vigor um mês após a troca de ratificações.

(3) As Partes Contratantes poderão em qualquer altura denunciar o Acordo, que deixará de vigorar doze meses a contar da data em que a outra Parte Contratante tiver recebido a respectiva notificação.

FEITO em Lisboa, aos 31 de Março de 1958, em dois exemplares, em língua alemã e portuguesa, fazendo fé ambos os textos.

O Embaixador da
República Federal
da Alemanha

Dr. G. Seelos

O Ministro dos
Negócios Estrangeiros
de Portugal

Paulo Cunha

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen
an die Westeuropäische Union, die nationalen Vertreter,
das internationale Personal und die für die Westeuropäische Union
tätigen Sachverständigen.**

Vom 19. Juni 1959.

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639) in der Fassung des Gesetzes vom 3. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 469) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

(1) Die Bestimmungen des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen finden sinngemäß auf die Westeuropäische Union, die nationalen Vertreter, das internationale Personal und die für die Westeuropäische Union tätigen Sachverständigen nach Maßgabe des von der Bundesrepublik Deutschland am 11. Mai 1955 unterzeichneten Übereinkom-

mens über den Status der Westeuropäischen Union, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals vom 11. Mai 1955 Anwendung.

(2) Das Übereinkommen über den Status der Westeuropäischen Union, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals vom 11. Mai 1955 wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen über den Status der Westeuropäischen Union, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals vom 11. Mai 1955 gemäß seinem Artikel 28 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 19. Juni 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Übereinkommen über den Status der Westeuropäischen Union,
der nationalen Vertreter und des internationalen Personals

Agreement on the Status of Western European Union,
National Representatives and International Staff

Convention sur le Statut de l'Union de l'Europe occidentale,
des représentants nationaux et du personnel international

(Übersetzung)

THE STATES SIGNATORY to the present Agreement,

CONSIDERING that Western European Union, its international staff and the representatives of Member States attending meetings thereof should have a status appropriate to the exercise of their functions and the fulfilment of their purposes,

HAVE AGREED as follows:

PART I

General

Article 1

In the present Agreement,

- (a) "the Organisation" means Western European Union comprising the Council, its subsidiary bodies and the Assembly;
- (b) "the Council" means the Council established under Article VIII (formerly Article VII) of the Brussels Treaty as modified and completed by the Protocols signed in Paris on 23rd October, 1954;
- (c) "subsidiary bodies" means any organ, committee or service established by the Council or placed under its authority;
- (d) "the Assembly" means the Assembly established under Article IX of the Brussels Treaty as modified and completed by the Protocols signed in Paris on 23rd October, 1954.

Article 2

The Organisation and Member States shall cooperate at all times to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent the occurrence of any abuse in connexion with the immunities and privileges set out in the present Agreement. If any Member State considers that there has been an abuse of any immunity or privilege conferred by this

LES ÉTATS SIGNATAIRES de la présente Convention,

CONSIDÉRANT qu'il est nécessaire que l'Union de l'Europe occidentale, son personnel international et les représentants des États membres assistant à ses réunions, bénéficient d'un Statut propre à faciliter l'exercice de leurs fonctions et leur mission,

SONT CONVENUS de ce qui suit:

TITRE I

Généralités

Article 1^{er}

Dans la présente Convention,

- (a) «L'Organisation» désigne l'Union de l'Europe occidentale comprenant le Conseil, ses organismes subsidiaires et l'Assemblée;
- (b) «Le Conseil» signifie le conseil prévu à l'article VIII (ancien article VII) du Traité de Bruxelles amendé et complété par les Protocoles signés à Paris le 23 octobre 1954;
- (c) «Les organismes subsidiaires» désignent tout autre organisme, comité ou service créé par le Conseil ou placé sous son autorité;
- (d) «L'Assemblée» désigne l'assemblée prévue à l'article IX du Traité de Bruxelles amendé et complété par les Protocoles signés à Paris le 23 octobre 1954.

Article 2

L'Organisation et les États membres collaborent en tout temps en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges et immunités définis par la présente Convention. Si un État membre estime qu'une immunité ou un privilège conféré par la Convention a donné lieu à un abus, l'Orga-

DIE UNTERZEICHNERSTAATEN dieses Übereinkommens —

IN DER ERWÄGUNG, daß es notwendig ist, der Westeuropäischen Union, ihrem internationalen Personal und den an ihren Tagungen teilnehmenden Vertretern der Mitgliedstaaten einen Status zu geben, der geeignet ist, die Ausübung ihrer Amtstätigkeit und die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Übereinkommen bedeutet

- (a) „Organisation“ die Westeuropäische Union, die den Rat, seine nachgeordneten Stellen und die Versammlung umfaßt;
- (b) „Rat“ den Rat, der in Artikel VIII (früher Artikel VII) des durch die in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolle geänderten und ergänzten Brüsseler Vertrags vorgesehen ist;
- (c) „nachgeordnete Stellen“ jegliche Organe, Ausschüsse oder Dienste, die vom Rat eingesetzt oder ihm unterstellt sind;
- (d) „Versammlung“ die Versammlung, die in Artikel IX des durch die in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolle geänderten und ergänzten Brüsseler Vertrags vorgesehen ist.

Artikel 2

Die Organisation und die Mitgliedstaaten arbeiten jederzeit zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu fördern, die Einhaltung der Polizeivorschriften zu gewährleisten und jeden Mißbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Übereinkommen festgelegten Vorrechte und Befreiungen führen könnten. Hat nach Auffassung eines Mitgliedstaates eine Befreiung oder ein Vorrecht, die auf

Agreement, consultations shall be held between the Organisation and the State or States concerned, to determine whether any such abuse has occurred and, if so, to attempt to ensure that no repetition occurs. Notwithstanding the foregoing or any other provisions of this Agreement, a Member State which considers that any person has abused his privilege of residence or any other privilege or immunity granted to him under this Agreement may require him to leave its territory.

nisation et cet État, ou les États intéressés, se concertent en vue de déterminer s'il y a eu effectivement abus, et, dans l'affirmative, de prendre les mesures nécessaires pour en éviter le renouvellement. Nonobstant ce qui précède ou toute autre disposition de la présente Convention, tout État membre qui estime qu'une personne a abusé de son privilège de résidence ou de tout autre privilège ou immunité à elle conféré par la présente Convention, peut exiger que cette personne quitte son territoire.

Grund des Übereinkommens gewährt wurden, zu einem Mißbrauch geführt, so setzen sich die Organisation und dieser Staat oder die beteiligten Staaten miteinander ins Benehmen, um festzustellen, ob tatsächlich ein Mißbrauch stattgefunden hat, und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um seine Wiederholung zu verhindern. Unbeschadet der vorstehenden oder jeglicher sonstigen Bestimmungen dieses Übereinkommens kann jeder Mitgliedstaat eine Person zum Verlassen seines Hoheitsgebiets auffordern, die nach seiner Auffassung ihr Aufenthaltsvorrrecht, ein sonstiges Vorrrecht oder eine Befreiung mißbraucht hat, die ihr auf Grund dieses Übereinkommens gewährt wurden.

PART II

The Organisation

Article 3

The Organisation shall possess juridical personality; it shall have the capacity to conclude contracts, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings.

Article 4

The Organisation, its property and assets, wheresoever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except in so far as in any particular case the Secretary-General, acting on behalf of the Organisation, may expressly authorise the waiver of this immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution or detention of property.

Article 5

The premises of the Organisation shall be inviolable. Its property and assets, wheresoever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation or any other form of interference.

Article 6

The Archives of the Organisation and all documents belonging to it or held by it shall be inviolable, wherever located.

Article 7

1. Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind,

- (a) the Organisation may hold currency of any kind and operate accounts in any currency;
- (b) the Organisation may freely transfer its funds from one country to another or within any country and convert any currency held by it

TITRE II

L'Organisation

Article 3

L'Organisation possède la personnalité juridique; elle a la capacité de contracter, d'acquérir et d'aliéner des biens mobiliers et immobiliers ainsi que d'ester en justice.

Article 4

L'Organisation, ses biens et avoirs, quels que soient leur siège et leur détenteur, jouissent de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où le Secrétaire général agissant au nom de l'Organisation, y a expressément renoncé dans un cas particulier. Il est toutefois entendu que la renonciation ne peut s'étendre à des mesures de contrainte et d'exécution.

Article 5

Les locaux de l'Organisation sont inviolables. Ses biens et avoirs, où qu'ils se trouvent, et quel que soit leur détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation ou de toute autre forme de contrainte.

Article 6

Les archives de l'Organisation et, d'une manière générale, tous les documents lui appartenant ou détenus par elle, sont inviolables, où qu'ils se trouvent.

Article 7

1. Sans être astreinte à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers:

- (a) l'Organisation peut détenir des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;
- (b) l'Organisation peut transférer librement ses fonds, d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque, et peut convertir tou-

TEIL II

Die Organisation

Artikel 3

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit; sie kann Verträge abschließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen.

Artikel 4

Die Organisation, ihre Vermögenswerte und Guthaben genießen ohne Rücksicht darauf, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Befreiung von der Gerichtsbarkeit, soweit der Generalsekretär im Namen der Organisation nicht im Einzelfall hierauf ausdrücklich verzichtet. Ein solcher Verzicht erstreckt sich jedoch nicht auf Zwangs- und Vollstreckungsmaßnahmen.

Artikel 5

Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich. Ihre Vermögenswerte und Guthaben sind ohne Rücksicht darauf, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, von jeder Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder jedem sonstigen Eingriff befreit.

Artikel 6

Die Archive der Organisation sowie alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Urkunden sind ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, unverletzlich.

Artikel 7

(1) Die Organisation kann ohne jede Beschränkung durch finanzielle Überwachungsmaßnahmen, Regelungen oder Stillhalteanordnungen

- (a) Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten;
- (b) ihre Mittel von einem Land in ein anderes Land oder innerhalb eines Landes frei transferieren und alle in ihrem Besitz befindlichen De-

into any other currency at the most favourable official rate of exchange for a sale or purchase as the case may be.

2. In exercising its rights under paragraph 1 above, the Organisation shall pay due regard to any representations made by any Member State, and shall give effect to such representations in so far as it is practicable to do so.

Article 8

The Organisation, its assets, income and other property shall be exempt:

- (a) from all direct taxes; the Organisation will not, however, claim exemption from rates, taxes or dues which are no more than charges for public utility services;
- (b) from all customs duties and quantitative restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the Organisation for its official use; articles imported under such exemption shall not be disposed of, by way either of sale or gift, in the country into which they are imported except under conditions approved by the Government of that country;
- (c) from all customs duties and quantitative restrictions on imports or exports in respect of its publications.

Article 9

While the Organisation will not as a general rule claim exemption from excise duties and from taxes on the sale of movable and immovable property which form part of the price to be paid, nevertheless, when the Organisation is making important purchases for official use of property on which such duties and taxes have been charged or are chargeable, Member States will whenever possible make the appropriate administrative arrangements for the remission or return of the amount of duty or tax.

Article 10

1. No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of the Organisation.

2. The Organisation shall have the right to use codes, and to despatch and receive correspondence by courier or in sealed bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags.

3. Nothing in this Article shall be construed to preclude the adoption of appropriate security precautions to be determined by agreement between a Member State and the Council acting on behalf of the Organisation.

tes devises détenues par elle en toute autre monnaie, au cours officiel de change le plus favorable à la vente ou à l'achat suivant le cas.

2. Dans l'exercice des droits prévus au paragraphe 1^{er} ci-dessus, l'Organisation tient compte de toutes représentations d'un État membre et y donne suite dans la mesure du possible.

Article 8

L'Organisation, ses avoirs, revenus et autres biens sont:

- (a) exonérés de tout impôt direct; toutefois, l'Organisation ne demandera pas l'exonération d'impôts qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité publique;
- (b) exonérés de tous droits de douane et restrictions quantitatives à l'importation et à l'exportation sur les marchandises importées ou exportées par elle pour son usage officiel; les articles ainsi importés en franchise ne seront pas cédés à titre onéreux ou gratuit sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits, à moins que ce ne soit à des conditions approuvées par le Gouvernement de ce pays;
- (c) exonérés de tous droits de douane et de toutes restrictions quantitatives à l'importation et à l'exportation en ce qui concerne ses publications.

Article 9

Bien que l'Organisation ne revendique pas, en principe, l'exonération des droits de régie et des taxes à la vente entrant dans les prix des biens mobiliers ou immobiliers, cependant, quand elle effectue pour son usage officiel des achats importants dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les États membres prendront, chaque fois qu'il leur sera possible, les dispositions administratives appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant de ces droits et taxes.

Article 10

1. La correspondance officielle et les autres communications officielles de l'Organisation ne peuvent être censurées.

2. L'Organisation a le droit d'utiliser des codes, d'expédier et de recevoir de la correspondance par courriers spéciaux ou par valises sous scellés, qui jouissent des mêmes immunités et privilèges que les courriers et valises diplomatiques.

3. Les dispositions du présent article n'empêchent pas un État membre et le Conseil, agissant au nom de l'Organisation, d'adopter de commun accord des mesures de sécurité appropriées.

visen zum jeweils für den An- oder Verkauf günstigsten amtlichen Wechselkurs in jede andere Währung umzutauschen.

(2) Bei der Ausübung der in Absatz (1) vorgesehenen Rechte trägt die Organisation allen von einem Mitgliedstaat erhobenen Vorstellungen Rechnung und gibt ihnen statt, soweit dies möglich ist.

Artikel 8

Die Organisation, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte genießen Befreiung

- (a) von jeder direkten Steuer; die Organisation wird jedoch nicht die Befreiung von Steuern, Abgaben oder Gebühren verlangen, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen;
- (b) von allen Zöllen und mengenmäßigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen bezüglich der von ihr zu ihrem Dienstgebrauch ein- oder ausgeführten Waren; die in dieser Weise zollfrei eingeführten Gegenstände dürfen in dem Hoheitsgebiet des Landes, in das sie eingeführt worden sind, weder entgeltlich noch unentgeltlich veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieses Landes genehmigt;
- (c) von allen Zöllen und mengenmäßigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen bezüglich ihrer Veröffentlichungen.

Artikel 9

Die Organisation beansprucht grundsätzlich keine Befreiung von Verbrauchsteuern und Verkaufsabgaben, die in den Preisen für bewegliche oder unbewegliche Güter begriffen sind; tätigt sie jedoch für ihren Dienstbedarf größere Einkäufe, bei denen derartige Steuern und Abgaben im Preis enthalten sind, so treffen die Mitgliedstaaten in jedem Fall, in dem es ihnen möglich ist, geeignete Verwaltungsmaßnahmen für den Erlaß oder die Erstattung des Betrags dieser Steuern und Abgaben.

Artikel 10

(1) Der amtliche Schriftverkehr und die sonstige amtliche Nachrichtenübermittlung der Organisation unterliegen nicht der Zensur.

(2) Die Organisation hat das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Schriftstücke durch Sonderkurier oder in versiegelten Behältern zu versenden und zu empfangen, für welche die gleichen Befreiungen und Vorrechte gelten wie für diplomatische Kurier und Behälter.

(3) Dieser Artikel schließt nicht aus, daß sich ein Mitgliedstaat und der Rat, der im Namen der Organisation handelt, auf geeignete Sicherheitsmaßnahmen einigen.

PART III

Permanent Representatives to the Organisation

Article 11

Every person designated by a Member State as its principal permanent representative to the Organisation in the territory of another Member State, and such members of his official staff resident in that territory as may be agreed between the State which has designated them and the Secretary-General of the Organisation and between the Secretary-General and the State in which they will be resident, shall enjoy the immunities and privileges accorded to diplomatic representatives and their official staff of comparable rank.

TITRE III

Représentants permanents auprès de l'Organisation

Article 11

Toute personne désignée par un État membre comme son représentant principal permanent auprès de l'Organisation sur le territoire d'un autre État membre, ainsi que les personnes qui font partie de son personnel officiel résidant sur ce territoire et ayant fait l'objet d'un accord entre l'État dont elles relèvent et le Secrétaire général de l'Organisation et entre le Secrétaire général et l'État où elles résideront, bénéficient des immunités et privilèges accordés aux représentants diplomatiques et à leur personnel officiel de rang comparable.

TEIL III

Ständige Vertreter bei der Organisation

Artikel 11

Jeder von einem Mitgliedstaat zu seinem ständigen Hauptvertreter bei der Organisation im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats ernannte Person sowie den zu ihrem amtlichen Personal gehörenden Personen, die nach Maßgabe einer Vereinbarung zwischen ihrem Heimatstaat und dem Generalsekretär der Organisation und zwischen dem Generalsekretär und dem Aufenthaltsstaat in diesem Hoheitsgebiet wohnhaft sind, stehen die Befreiungen und Vorrechte zu, die diplomatischen Vertretern und ihrem amtlichen Personal vergleichbaren Ranges gewährt werden.

PART IV

Representatives to the Council and its Subsidiary Bodies

Article 12

1. Any representative of a Member State to the Council or any of its subsidiary bodies who is not covered by Article 11 shall, while present in the territory of another Member State for the discharge of his duties, enjoy the following privileges and immunities:

- (a) the same immunity from personal arrest or detention as that accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (b) in respect of words spoken or written and of acts done by him in his official capacity, immunity from legal process;
- (c) inviolability for all papers and documents;
- (d) the right to use codes and to receive and send papers or correspondence by courier or in sealed bags;
- (e) the same exemption in respect of himself and his spouse from immigration restrictions, aliens registration and national service obligations as that accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (f) the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (g) the same immunities and facilities in respect of his personal baggage as are accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (h) the right to import free of duty his furniture and effects at the time of first arrival, to take up his post in the country in question and, on the termination of his

TITRE IV

Représentants au Conseil et à ses organismes subsidiaires

Article 12

1. Tout représentant d'un État membre auprès du Conseil ou de l'un de ses organismes subsidiaires, non visé par l'article 11, jouit, pendant sa présence sur le territoire d'un autre État membre, pour l'exercice de ses fonctions, des privilèges et immunités suivants:

- (a) la même immunité d'arrestation ou de détention que celle qui est accordée aux agents diplomatiques de rang comparable;
- (b) l'immunité de juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par lui dans sa qualité officielle (y compris ses paroles et écrits);
- (c) l'inviolabilité de tous papiers et documents;
- (d) le droit de faire usage de codes, de recevoir et d'envoyer des documents ou de la correspondance par courrier ou par valises sous scellés;
- (e) la même exemption, pour lui-même et pour son conjoint, à l'égard de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers et de toutes obligations de service national, que celle qui est accordée aux agents diplomatiques de rang comparable;
- (f) les mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, que celles qui sont accordées aux agents diplomatiques de rang comparable;
- (g) les mêmes immunités et facilités en ce qui concerne ses bagages personnels que celles qui sont accordées aux agents diplomatiques de rang comparable;
- (h) le droit d'importer en franchise son mobilier et ses effets à l'occasion de sa première prise de fonctions dans le pays intéressé et le droit, à la cessation de ses fonctions

TEIL IV

Vertreter im Rat und in seinen nachgeordneten Stellen

Artikel 12

(1) Jedem Vertreter eines Mitgliedstaats beim Rat oder bei einer seiner nachgeordneten Stellen, der nicht unter die Bestimmungen des Artikels 11 fällt, stehen während seiner Anwesenheit im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats zur Ausübung seines Amtes folgende Vorrechte und Befreiungen zu:

- (a) die gleiche Befreiung von Festnahme oder Haft wie diplomatischen Vertretern vergleichbaren Ranges;
- (b) Befreiung von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihm in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen einschließlich seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen;
- (c) Unverletzlichkeit aller Schriftstücke und Urkunden;
- (d) das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Urkunden und sonstige Schriftstücke durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen und zu versenden;
- (e) die gleiche Befreiung für sich selbst und seinen Ehegatten von allen Einwanderungsbeschränkungen, von der Meldepflicht für Ausländer und von allen Verpflichtungen zur nationalen Dienstleistung wie diplomatischen Vertretern vergleichbaren Ranges;
- (f) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- oder Devisenvorschriften wie diplomatischen Vertretern vergleichbaren Ranges;
- (g) die gleichen Befreiungen und Erleichterungen hinsichtlich seines persönlichen Gepäcks wie diplomatischen Vertretern vergleichbaren Ranges;
- (h) das Recht, seine Wohnungseinrichtung und persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt seines Dienstes in dem betreffenden Land zollfrei einzuführen und bei Be-

functions in that country, to re-export such furniture and effects free of duty, subject in either case to such conditions as the Government of the country in which the right is being exercised may deem necessary;

- (i) the right to import temporarily free of duty his private motor vehicle for his own personal use and subsequently to re-export such vehicle free of duty, subject in either case to such conditions as the Government of the country concerned may deem necessary.

2. Where the legal incidence of any form of taxation depends upon residence, a period during which a representative to whom this Article applies is present in the territory of another Member State for the discharge of his duties shall not be considered as a period of residence. In particular, he shall be exempt from taxation by that Member State on his official salary and emoluments during such periods of duty.

3. In this Article "representative" shall be deemed to include all representatives, advisers and technical experts of delegations. Each Member State shall communicate to the other Member States concerned, if they so request, the names of its representatives to whom this Article applies and the probable duration of their stay in the territories of such other Member States.

Article 13

Official clerical staff accompanying a representative of a Member State who are not covered by Articles 11 or 12 shall, while present in the territory of another Member State for the discharge of their duties, be accorded the privileges and immunities set out in paragraph 1 (b), (c), (e), (f), (h) and (i) and paragraph 2 of Article 12.

Article 14

Privileges and immunities are accorded to the representatives of Member States and their staffs not for the personal benefit of the individuals themselves but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connexion with Western European Union. Consequently, a Member State not only has the right, but is under a duty to waive the immunity of its representatives and members of their staffs in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the purposes for which the immunity is accorded.

Article 15

The provisions of Articles 11 to 13 above shall not require any Member State to grant any of the privileges or immunities referred to therein to any person who is its national or to any

dans ledit pays, de réexporter en franchise ce mobilier et ces effets, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays où le droit est exercé;

- (i) le droit d'importer temporairement en franchise son automobile privée affectée à son usage personnel, et ensuite, de réexporter cette automobile en franchise, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays intéressé.

2. Lorsque l'assujettissement à un impôt quelconque dépend de la résidence, la période au cours de laquelle le représentant visé par le présent article se trouve, pour l'exercice de ses fonctions, sur le territoire d'un autre État membre, ne sera pas considérée comme période de résidence. En particulier, ses appointements officiels et ses émoluments seront exemptés par l'État de séjour d'impôts au cours de cette période.

3. Pour l'application du présent article, le terme « représentants » comprend tous les représentants, conseillers et experts techniques des délégations. Chaque État membre communiquera aux autres États membres intéressés, si ceux-ci le demandent, les noms de leurs représentants à qui s'applique le présent article, ainsi que la durée probable de leur séjour dans le territoire desdits États membres.

Article 13

Le personnel officiel de secrétariat qui accompagne le représentant d'un État membre et qui n'est pas visé aux articles 11 ou 12 bénéficie au cours de son séjour sur le territoire d'un autre État membre, pour l'exercice de ses fonctions, des privilèges et immunités prévus au paragraphe 1 (b), (c), (e), (f), (h) et (i) et au paragraphe 2 de l'article 12.

Article 14

Ces privilèges et immunités sont accordés aux représentants des États membres et à leur personnel, non à leur propre avantage, mais en vue d'assurer, en toute indépendance, l'exercice de leurs fonctions en rapport avec l'Union de l'Europe occidentale. Par conséquent, un État membre a non seulement le droit mais le devoir de lever l'immunité de ses représentants et des membres de leur personnel dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice soit faite et où elle peut être levée sans porter préjudice aux fins pour lesquelles elle est accordée.

Article 15

Les dispositions des articles 11 à 13 ci-dessus ne peuvent obliger un État à accorder l'un quelconque des privilèges et immunités prévus par ces articles, à un de ses ressortissants,

endigung seines Dienstes in diesem Land zollfrei wieder auszuführen, in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Landes, in dem dieses Rechts ausgeübt wird, für erforderlich erachtet;

- (i) das Recht, sein zu seinem eigenen Gebrauch bestimmtes Privatkraftfahrzeug vorübergehend zollfrei einzuführen und später zollfrei wieder auszuführen, in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des betreffenden Landes für erforderlich erachtet.

(2) Ist die Heranziehung zu einer Steuer von dem Aufenthalt abhängig, so gilt die Zeit, während der ein Vertreter im Sinne dieses Artikels sich zur Ausübung seines Amtes im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats befindet, nicht als Aufenthaltszeit. Insbesondere stellt der Aufenthaltsstaat sein Gehalt und seine sonstigen Bezüge während dieser Zeit von der Besteuerung frei.

(3) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „Vertreter“ alle Vertreter, Berater und technischen Sachverständigen der Delegationen. Jeder Mitgliedstaat teilt den anderen beteiligten Mitgliedstaaten auf deren Ersuchen die Namen seiner Vertreter mit, auf welche dieser Artikel Anwendung findet, sowie die voraussichtliche Dauer ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet dieser anderen Mitgliedstaaten.

Artikel 13

Dem amtlichen Sekretariatspersonal, das den Vertreter eines Mitgliedstaats begleitet und nicht unter die Bestimmungen des Artikels 11 oder 12 fällt, stehen während seines Aufenthalts im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats zur Ausübung seiner Amtstätigkeit die in Artikel 12 Absatz 1 (b), (c), (e), (f), (h) und (i) und Absatz 2) vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen zu.

Artikel 14

Diese Vorrechte und Befreiungen werden den Vertretern der Mitgliedstaaten und ihrem Personal nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um zu gewährleisten, daß sie ihre Tätigkeit bei der Westeuropäischen Union in voller Unabhängigkeit ausüben können. Daher hat ein Mitgliedstaat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Immunität seiner Vertreter und der Mitglieder ihres Personals in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Zwecke, für die sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

Artikel 15

Die Artikel 11 bis 13 können einen Staat nicht verpflichten, einem seiner Staatsangehörigen oder einem seiner Vertreter oder einem Mitglied des amtlichen Personals seiner Vertreter

person as its representative or as a member of the staff of such representative.

PART V

Representatives to the Assembly

Article 16

No administrative or other restriction shall be imposed on the free movement to and from the place of meeting of representatives to the Assembly and their substitutes.

Representatives and their substitutes shall, in the matter of customs and exchange control, be accorded:

- (a) by their own Government, the same facilities as those accorded to senior officials travelling abroad on temporary official duty;
- (b) by the Governments of other Members, the same facilities as those accorded to representatives of foreign Governments on temporary official duty.

Article 17

Representatives to the Assembly and their substitutes shall be immune from all official interrogation and from arrest and all legal proceedings in respect of words spoken or votes cast by them in the exercise of their functions

Article 18

During the sessions of the Assembly, and while attending meetings of Committees and Sub-Committees of the Assembly, whether or not the Assembly itself is in session, the representatives to the Assembly and their substitutes, whether they be Members of Parliament or not, shall enjoy:

- (a) on their national territory, the immunities accorded in those countries to Members of Parliament;
- (b) on the territory of all other Member States, exemption from arrest and prosecution.

This immunity also applies when they are travelling to and from the place of meeting of the Assembly or its Committees or Sub-Committees. It does not, however, apply when representatives and their substitutes are found committing, attempting to commit, or just having committed an offence, nor in cases where the Assembly has waived the immunity.

PART VI

International Staff and Experts on Missions for the Organisation

Article 19

The Council shall specify the categories of officials to which Articles 20 and 21 shall apply. The Secretary-General shall communicate to the Members of the Council the names of the officials included in these categories.

ou à un de ses représentants, non plus qu'à un membre du personnel officiel de ce dernier.

TITRE V

Représentants à l'Assemblée

Article 16

Aucune restriction d'ordre administratif ou autre n'est apportée au libre déplacement des représentants à l'Assemblée et de leurs suppléants se rendant au lieu de réunion de l'Assemblée ou en revenant.

Les représentants et leurs suppléants se voient accorder en matière de douane et de contrôle des changes:

- (a) par leur propre Gouvernement, les mêmes facilités que celles qui sont reconnues aux hauts fonctionnaires se rendant à l'étranger en mission officielle temporaire;
- (b) par les Gouvernements des autres membres, les mêmes facilités que celles qui sont reconnues aux représentants de Gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Article 17

Les représentants à l'Assemblée et leurs suppléants ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 18

Pendant la durée des sessions de l'Assemblée, et dès lors qu'ils participent à une réunion de commission ou de sous-commission de l'Assemblée, que l'Assemblée soit en session ou non, les représentants à l'Assemblée et leurs suppléants, qu'ils soient parlementaires ou non bénéficient:

- (a) sur leur territoire national, des immunités reconnues aux membres du Parlement de leurs pays;
- (b) sur le territoire de tout autre État membre, de l'exemption de toutes mesures de détention et de toute poursuite judiciaire.

L'immunité les couvre également lorsqu'ils se rendent au lieu de réunion de l'Assemblée ou de ses commissions ou sous-commissions, ou en reviennent. Elle ne peut être invoquée dans le cas de flagrant délit et ne peut non plus mettre obstacle au droit de l'Assemblée de lever l'immunité d'un représentant ou d'un suppléant.

TITRE VI

Personnel international et experts en mission pour le compte de l'Organisation

Article 19

Le Conseil déterminera les catégories de fonctionnaires auxquelles s'appliquent les dispositions des articles 20 et 21. Le Secrétaire général communiquera aux Membres du Conseil les noms des fonctionnaires compris dans ces catégories.

irgendwelche in diesen Artikeln vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen zu gewähren.

TEIL V

Abgeordnete

Artikel 16

Die freie Reise der Abgeordneten der Versammlung und ihrer Stellvertreter zum und vom Tagungsort unterliegt keiner verwaltungsmäßigen oder sonstigen Beschränkung.

Die Abgeordneten und ihre Stellvertreter erhalten bei der Zollabfertigung und Devisenkontrolle

- (a) seitens ihrer eigenen Regierung dieselben Erleichterungen wie hohe Beamte, die sich auf Dienstreise ins Ausland begeben;
- (b) seitens der Regierungen der anderen Mitgliedstaaten dieselben Erleichterungen wie auf Dienstreise befindliche ausländische Regierungsvertreter.

Artikel 17

Abgeordnete der Versammlung und ihre Stellvertreter dürfen wegen einer in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerung oder Abstimmung weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch festgenommen oder verfolgt werden.

Artikel 18

Während der Tagungen der Versammlung sowie bei Teilnahme an Sitzungen von Ausschüssen oder Unterausschüssen der Versammlung, auch wenn diese nicht tagt, genießen deren Abgeordnete und ihre Stellvertreter ohne Rücksicht darauf, ob sie Parlamentarier sind oder nicht,

- (a) im Hoheitsgebiet ihres Heimatstaates die dort den Mitgliedern des Parlaments zuerkannte Immunität;
- (b) im Hoheitsgebiet jedes sonstigen Mitgliedstaats Befreiung von Haft und gerichtlicher Verfolgung.

Die Immunität gilt ferner für ihre Reise zum und vom Tagungsort der Versammlung, ihrer Ausschüsse oder Unterausschüsse. Sie kann nicht geltend gemacht werden, wenn der Betreffende auf frischer Tat betroffen wird; sie steht dem Recht der Versammlung, die Immunität eines Abgeordneten oder Stellvertreters aufzuheben, nicht entgegen.

TEIL VI

Internationales Personal und für die Organisation tätige Sachverständige

Artikel 19

Der Rat bestimmt die Gruppen von Bediensteten, auf welche die Artikel 20 und 21 Anwendung finden. Der Generalsekretär teilt den Mitgliedern des Rats die Namen der zu diesen Gruppen gehörenden Bediensteten mit.

Article 20

Officials of the Organisation specified under Article 19 shall:

- (a) be immune from legal process in respect of words spoken or written and of acts done by them in their official capacity and within the limits of their authority;
- (b) be granted, together with their spouses and members of their immediate families residing with and dependent on them, the same immunities from immigration restrictions and aliens' registration as is accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (c) be accorded the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (d) be given, together with their spouses and members of their immediate families residing with and dependent on them, the same repatriation facilities in time of international crisis as are accorded to diplomatic personnel of comparable rank;
- (e) have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first arrival to take up their post in the country in question, and, on the termination of their functions in that country, to re-export such furniture and effects free of duty, subject in either case to such conditions as the Government of the country in which the right is being exercised may deem necessary;
- (f) have the right to import temporarily free of duty their private motor vehicles for their own personal use and subsequently to re-export such vehicles free of duty subject in either case to such conditions as the Government of the country concerned may deem necessary.

Article 21

Officials of the Organisation specified under Article 19 shall be subject to taxation by the Organisation, for its own benefit, on the emoluments paid to them in their capacity as such officials, to such extent and in accordance with such procedure as the Council may decide. They shall be exempt from national taxation on the said emoluments.

Article 22

In addition to the immunities and privileges specified in Articles 20 and 21, the Secretary-General, the Deputy Secretaries-General, the Director of the Armaments Control Agency and such other permanent officials of similar rank as may be specified by the Council shall be accorded the privileges and immunities normally accorded to diplomatic personnel of comparable rank, including the same exemption or relief from taxes other than income tax.

Article 20

Les fonctionnaires de l'Organisation visés à l'article 19:

- (a) jouiront de l'immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle et dans les limites de leur autorité y compris leurs paroles et leurs écrits;
- (b) jouiront ainsi que leurs conjoints et les membres de leur proche famille résidant avec eux et à leur charge, quant aux dispositions limitant l'immigration et aux formalités d'enregistrement des étrangers, des mêmes privilèges que les agents diplomatiques de rang comparable;
- (c) jouiront, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, des mêmes privilèges que les agents diplomatiques de rang comparable;
- (d) jouiront en période de crise internationale, ainsi que leurs conjoints et les membres de leur proche famille résidant avec eux et à leur charge, des mêmes facilités de rapatriement que les agents diplomatiques de rang comparable;
- (e) jouiront du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays intéressé et du droit, à la cessation de leurs fonctions, dans ledit pays, de réexporter en franchise ce mobilier et ces effets, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays où le droit est exercé;
- (f) jouiront du droit d'importer temporairement en franchise leurs automobiles privées, affectées à leur usage personnel et ensuite de réexporter ces automobiles en franchise, sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par le Gouvernement du pays intéressé.

Article 21

Les fonctionnaires de l'Organisation visés à l'article 19 seront soumis au profit de celle-ci à un impôt sur les émoluments versés par elle dans les limites et suivant la procédure fixées par le Conseil.

Ils seront exempts d'impôts nationaux sur lesdits émoluments.

Article 22

Outre les privilèges et immunités spécifiés aux articles 20 et 21, le Secrétaire général, les Secrétaires généraux-adjoints, le Directeur de l'Agence de Contrôle des Armements, et tout autre fonctionnaire permanent de rang similaire, désignés par le Conseil, bénéficient des privilèges et immunités normalement accordés aux agents diplomatiques de rang comparable, y compris la même exemption ou exonération d'impôts, autres que les impôts sur le revenu.

Artikel 20

Die in Artikel 19 bezeichneten Bediensteten der Organisation genießen

- (a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf die von ihnen in amtlicher Eigenschaft und im Rahmen ihrer Befugnisse vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen;
- (b) für sich selbst, ihre Ehegatten und die in ihrem Haushalt lebenden von ihnen unterhaltenen Mitglieder ihrer engeren Familie die gleichen Vorrechte hinsichtlich der Einwanderungsbeschränkungen und der Meldepflicht für Ausländer wie diplomatische Vertreter vergleichbaren Ranges;
- (c) die gleichen Vorrechte hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften wie diplomatische Vertreter vergleichbaren Ranges;
- (d) in Zeiten internationaler Krise für sich selbst, ihre Ehegatten und die in ihrem Haushalt lebenden von ihnen unterhaltenen Mitglieder ihrer engeren Familie die gleichen Erleichterungen in Bezug auf ihre Heimtschaffung wie diplomatische Vertreter vergleichbaren Ranges;
- (e) das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt ihres Dienstes in dem betreffenden Land zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihres Dienstes in diesem Land zollfrei wieder auszuführen, in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Landes, in dem das Recht ausgeübt wird, für erforderlich erachtet;
- (f) das Recht, ihre zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmten Privatkraftfahrzeuge vorübergehend zollfrei einzuführen und später zollfrei wieder auszuführen, in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des betreffenden Landes für erforderlich erachtet.

Artikel 21

In dem Umfang und nach dem Verfahren, die der Rat festlegt, werden die in Artikel 19 bezeichneten Bediensteten zu einer Steuer zugunsten der Organisation auf die von ihr gezahlten Bezüge herangezogen.

Sie sind von innerstaatlichen Steuern auf diese Bezüge befreit.

Artikel 22

Außer den in den Artikeln 20 und 21 bezeichneten Vorrechten und Befreiungen werden dem Generalsekretär, den stellvertretenden Generalsekretären, dem Direktor des Rüstungskontrollamts und jedem anderen vom Rat bezeichneten Bediensteten entsprechenden Ranges die Vorrechte und Befreiungen gewährt, die üblicherweise diplomatischen Vertretern vergleichbaren Ranges zustehen, einschließlich der gleichen Befreiung von Steuern außer der Einkommensteuer.

Article 23

1. Experts (other than officials coming within the scope of Articles 20 to 22) employed on missions on behalf of the Organisation shall be accorded the following privileges and immunities so far as is necessary for the effective exercise of their functions while present in the territory of a Member State for the discharge of their duties:

- (a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;
- (b) in respect of words spoken or written or acts done by them in the performance of their official functions for the Organisation, immunity from legal process;
- (c) the same facilities in respect of currency or exchange restrictions and in respect of their personal baggage as are accorded to officials of foreign Governments on temporary official missions;
- (d) inviolability for all papers and documents relating to the work on which they are engaged for the Organisation.

2. The Secretary-General shall communicate to the Member States concerned the names of any experts to whom this Article applies.

Article 24

Privileges and immunities are granted to officials and experts in the interests of the Organisation and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Secretary-General acting on behalf of the Organisation shall have the right and the duty to waive the immunity of any official or expert, other than officials coming within the scope of Article 22, in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Organisation. In the case of officials coming within the scope of Article 22, the decision to waive immunity shall rest within the Council.

Article 25

The provisions of Articles 20, 22 and 23 above shall not require any Member State to grant any of the privileges or immunities referred to therein to any person who is its national, except:

- (a) immunity from legal process in respect of words spoken or written or acts done by him in the performance of his official functions for the Organisation;
- (b) inviolability for all papers and documents relating to the work on which he is engaged for the Organisation;
- (c) facilities in respect of currency or exchange restrictions so far as is necessary for the effective exercise of his functions.

Article 23

1. Les experts (autres que les fonctionnaires visés aux articles 20 à 22), lorsqu'ils accomplissent des missions pour l'Organisation, jouissent, sur le territoire d'un État membre, pour autant que cela est nécessaire pour l'exercice efficace de leurs fonctions, des privilèges et immunités suivants:

- (a) l'immunité d'arrestation personnelle ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels;
- (b) l'immunité de juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles pour l'Organisation (y compris leurs paroles et écrits);
- (c) les mêmes facilités en ce qui concerne les réglementations monétaires et de change et leurs bagages personnels que celles qui sont accordées aux fonctionnaires des Gouvernements étrangers en missions officielles temporaires;
- (d) l'inviolabilité de tous papiers et documents se rapportant au travail dont ils ont été chargés par l'Organisation.

2. Le Secrétaire général communiquera aux États membres intéressés le nom de tous experts à qui s'appliquera le présent article.

Article 24

Ces privilèges et immunités sont accordés aux fonctionnaires et experts dans l'intérêt de l'Organisation et non à leur avantage personnel. Le Secrétaire général, agissant au nom de l'Organisation, aura non seulement le droit mais le devoir de lever l'immunité accordée à ces fonctionnaires ou experts, autres que ceux visés par l'article 22, dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait que justice soit faite et où elle pourrait être levée sans porter préjudice aux intérêts de l'Organisation. En ce qui concerne les fonctionnaires visés à l'article 22, la décision de levée d'immunité appartiendra au Conseil.

Article 25

Les dispositions des articles 20, 22 et 23 ne font pas obligation à un État membre d'accorder à un de ses ressortissants l'un quelconque des privilèges et immunités prévus par ces articles, à l'exception:

- (a) de l'immunité de juridiction en ce qui concerne les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles pour l'Organisation (y compris leurs paroles et écrits);
- (b) de l'inviolabilité de tous papiers et documents se rapportant au travail dont ils ont été chargés pour l'Organisation;
- (c) des facilités en ce qui concerne les règlements applicables en matière de contrôle des changes dans toute la mesure nécessaire pour l'exercice efficace de leurs fonctions.

Artikel 23

(1) Sachverständige, die nicht Bedienstete im Sinne der Artikel 20 bis 22 sind, genießen, wenn sie im Auftrag der Organisation tätig sind, im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, soweit dies für die wirksame Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit erforderlich ist, folgende Vorrechte und Befreiungen:

- (a) Befreiung von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- (b) Befreiung von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihnen im Dienste der Organisation vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen;
- (c) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften sowie ihres persönlichen Gepäcks wie Beamte ausländischer Regierungen auf Dienstreise;
- (d) Unverletzlichkeit aller Schriftstücke und Urkunden, die mit der ihnen von der Organisation übertragenen Arbeit im Zusammenhang stehen.

(2) Der Generalsekretär teilt den beteiligten Mitgliedstaaten die Namen aller Sachverständigen mit, auf die dieser Artikel Anwendung findet.

Artikel 24

Diese Vorrechte und Befreiungen werden den Bediensteten und Sachverständigen im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generalsekretär, der im Namen der Organisation handelt, hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Immunität dieser Bediensteten oder Sachverständigen — mit Ausnahme der in Artikel 22 bezeichneten — in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie aufgehoben werden kann, ohne die Interessen der Organisation zu beeinträchtigen. Für die in Artikel 22 bezeichneten Bediensteten steht die Entscheidung über die Aufhebung der Immunität dem Rat zu.

Artikel 25

Die Artikel 20, 22 und 23 verpflichten einen Mitgliedstaat nicht, einem seiner Staatsangehörigen irgendwelche in diesen Artikeln vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, mit Ausnahme

- (a) der Befreiung von der Gerichtsbarkeit in bezug auf die von ihm im Dienste der Organisation vorgenommenen Handlungen einschließlich seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen;
- (b) der Unverletzlichkeit aller Schriftstücke und Urkunden, die mit der ihm von der Organisation übertragenen Arbeit im Zusammenhang stehen;
- (c) der Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften, soweit dies für die wirksame Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit notwendig ist.

PART VII

Settlement of Disputes

Article 26

The Council shall make provision for appropriate modes of settlement of:

- (a) disputes arising out of contracts or other disputes of a private character to which the Organisation is a party;
- (b) disputes involving any official or expert of the Organisation to whom Part VI of this Agreement applies, who by reason of his official position enjoys immunity, if immunity has not been waived in accordance with the provisions of Article 24.

TITRE VII

Règlement des litiges

Article 26

Le Conseil prendra toutes mesures utiles pour procéder au règlement:

- (a) des litiges découlant de contrats ou de tous autres litiges de caractère privé auxquels l'Organisation est partie;
- (b) des litiges dans lesquels est impliqué l'un des fonctionnaires ou experts de l'Organisation visés au Titre VI de la présente Convention, qui bénéficient d'une immunité en raison de leurs fonctions officielles, pour autant que cette immunité n'ait pas été levée par application de l'article 24.

TEIL VII

Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 26

Der Rat trifft alle geeigneten Maßnahmen zur Beilegung

- (a) von Streitigkeiten, die sich aus privatrechtlichen Verträgen ergeben, sowie aller sonstigen privatrechtlichen Streitigkeiten, bei denen die Organisation Streitpartei ist;
- (b) von Streitigkeiten, an denen ein in Teil VI bezeichneter Bediensteter oder Sachverständiger der Organisation beteiligt ist, der wegen seiner dienstlichen Stellung Immunität genießt, soweit diese nicht gemäß Artikel 24 aufgehoben worden ist.

PART VIII

Supplementary Agreements

Article 27

The Council acting on behalf of the Organisation may conclude with any Member State or States supplementary agreements adjusting the provisions of the present Agreement, so far as that State or those States are concerned.

TITRE VIII

Accords complémentaires

Article 27

Le Conseil, agissant au nom de l'Organisation, peut conclure avec un ou plusieurs États membres de l'Organisation des accords complémentaires, en vue de l'exécution des dispositions de la présente Convention en ce qui concerne cet État ou ces États.

TEIL VIII

Zusatzvereinbarungen

Artikel 27

Der Rat kann im Namen der Organisation mit einem oder mehreren ihrer Mitgliedstaaten Zusatzvereinbarungen zur Anpassung dieses Übereinkommens in bezug auf diesen Staat oder diese Staaten treffen.

PART IX

Final Provisions

Article 28

1. The present Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of Belgium, which will notify all signatory States of each such deposit.

2. As soon as three signatory States have deposited their instruments of ratification, the present Agreement shall come into force in respect of those States, with effect from the date of entry into force of the Protocols to the Brussels Treaty signed in Paris on 23rd October 1954. It shall come into force in respect of each other signatory State, with effect from the same date, on the deposit of its instrument of ratification.

TITRE IX

Dispositions finales

Article 28

1. La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement belge qui en informera tous les États signataires.

2. Dès que trois États signataires auront déposé leurs instruments de ratification, la présente Convention entrera en vigueur eu égard à ces États à la date d'entrée en vigueur des Protocoles au Traité de Bruxelles signés à Paris le 23 octobre 1954. Pour chacun des autres États signataires, elle entrera en vigueur avec effet de la même date dès le dépôt de son instrument de ratification.

TEIL IX

Schlußbestimmungen

Artikel 28

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt, die alle Unterzeichnerstaaten davon unterrichtet.

(2) Sobald drei Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, tritt dieses Übereinkommen für sie mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens der in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolle zum Brüsseler Vertrag in Kraft. Für jeden weiteren Unterzeichnerstaat tritt es mit Wirkung vom gleichen Tage in Kraft, sobald er seine Ratifikationsurkunde hinterlegt hat.

Article 29

The present Agreement may be denounced by any Contracting State by giving written notification of denunciation to the Government of Belgium, which will notify all signatory States of each such notification. The denunciation shall take effect one year after the receipt of the notification by the Government of Belgium.

Article 29

La présente Convention pourra être dénoncée par toute Partie contractante au moyen d'une notification écrite de dénonciation adressée au Gouvernement belge qui informera tous les États signataires de cette notification. La dénonciation prendra effet un an après réception de la notification par le Gouvernement belge.

Artikel 29

Dieses Übereinkommen kann von jedem Vertragsstaat durch schriftliche Notifizierung an die belgische Regierung gekündigt werden, die alle Unterzeichnerstaaten davon unterrichtet. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifizierung bei der belgischen Regierung wirksam.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned plenipotentiaries have signed the present Agreement

DONE in Paris this 11th day of May, 1955, in French and in English, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited in the Archives of the Government of Belgium which will transmit a certified copy to each of the signatory States.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent accord.

FAIT à Paris, le 11 mai 1955 en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé aux archives du Gouvernement belge qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les signataires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris, am 11. Mai 1955, in französischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der belgischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift.

For the
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE:
Adenauer

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

For BELGIUM:

Pour la BELGIQUE:
P. H. Spaak

Für BELGIEN:

For FRANCE:

Pour la FRANCE:
Antoine Pinay

Für FRANKREICH:

For ITALY:

Pour l'ITALIE:
G. Martino

Für ITALIEN:

For LUXEMBURG:

Pour le LUXEMBOURG:
Jos. Bech

Für LUXEMBURG:

For NETHERLAND:

Pour les PAYS-BAS:
J. W. Beyen

Für die NIEDERLANDE:

For the UNITED KINGDOM
OF GREAT-BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND:

Pour le ROYAUME-UNI
DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD:
Harold Macmillan

Für das VEREINIGTE KONIGREICH
VON GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND:

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Abkommens über deutsche Auslandsschulden
(Erstreckung auf Surinam).**

Vom 4. Mai 1959.

Das Abkommen über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 331) ist gemäß seinem Artikel 37 Abs. 1 durch Erklärung der Königlich Niederländischen Regierung

mit Wirkung vom 3. März 1959
auf das Gebiet von Surinam

erstreckt worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Februar 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 121).

Bonn, den 4. Mai 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Pflanzenschutz-Organisation
für Europa und den Mittelmeerraum
(Beitritt Bulgariens und Rumäniens).**

Vom 1. Juni 1959.

Das in Paris am 18. April 1951 unterzeichnete Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Pflanzenschutz-Organisation in der Fassung vom 27. April 1955 (Bundesgesetzbl. 1956 II. S. 581) ist gemäß seinem Artikel XX Buchstabe a Nr. 3 für

Bulgarien am 16. April 1959
Rumänien am 6. März 1959

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. September 1958 (Bundesgesetzbl. II. S. 356).

Bonn, den 1. Juni 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Vereinigungsfreiheit
und den Schutz des Vereinigungsrechtes.**

Vom 30. April 1959.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in San Franzisko am 9. Juli 1948 angenommene Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 2072) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 3 in Kraft treten für

Italien	am 13. Mai	1959
Jugoslawien	am 23. Juli	1959
Luxemburg	am 3. März	1959
Panama	am 3. Juni	1959

und ist in Kraft getreten für

die Vereinigte Arabische Republik,
Region Ägypten, am 6. November 1958

und nicht am 27. November 1958, wie in der Bekanntmachung vom 2. Mai 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 113) angegeben.

Das Übereinkommen findet ferner auf Grund einer Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland seit dem 19. Juni 1958 Anwendung auf die Kolonie Aden, auf Malta, Nigeria und die Westindische Föderation (Trinidad) und auf Britisch-Guayana mit folgender Änderung des Artikels 4:

(Übersetzung)

„Under present law the rescinding by administrative authority of the registration of a trade union, which entails its dissolution, is subject to a right of appeal to the Supreme Court in all but a limited number of specified circumstances.“

„Gegen die im Verwaltungswege erfolgte Aufhebung der Eintragung einer Gewerkschaft, die deren Auflösung zur Folge hat, kann nach den geltenden Rechtsvorschriften beim Obersten Gerichtshof Beschwerde eingelegt werden; eine begrenzte Anzahl bestimmter Fälle bleibt unberührt.“

Gibraltar
mit folgender Änderung der Artikel 2 und 3:

(Übersetzung)

„There are certain legal restrictions on the functions which aliens may perform as members of trade unions.“

„Es bestehen bestimmte gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Funktionen, die Ausländer als Gewerkschaftsmitglieder ausüben können.“

Sierra Leone
mit folgender Änderung des Artikels 2:

(Übersetzung)

„A trade union, as defined by national laws, may not be established if in the opinion of the public authority there is in existence a trade union adequately representing the interests concerned.“

„Eine Gewerkschaft nach der Begriffsbestimmung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften darf nicht gebildet werden, wenn nach Auffassung der Behörden bereits eine Gewerkschaft besteht, die die in Betracht kommenden Interessen in geeigneter Weise vertritt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Mai 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 113).

Bonn, den 30. April 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung des Staatssekretärs
Herschel

**Dritte Verordnung zur Erneuerung
des Zollzugeständnisses der Vereinbarung vom 29. Juni 1956
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile
über die zollfreie Einfuhr von Chilesalpeter in der Zeit vom 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957
(Zollkontingent für Chilesalpeter — Dritte Erneuerung).**

Vom 19. Juni 1959.

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 28. April 1958 zu der Vereinbarung vom 29. Juni 1956 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die zollfreie Einfuhr von Chilesalpeter in der Zeit vom 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 108) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt der Republik Chile weiterhin das in der

Vereinbarung vom 29. Juni 1956 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die zollfreie Einfuhr von Chilesalpeter in der Zeit vom 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 108)

bezeichnete Zollzugeständnis für die Zeit vom 1. Juli 1959 bis 30. Juni 1960.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zu der Vereinbarung vom 29. Juni 1956 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über die zollfreie Einfuhr von Chilesalpeter in der Zeit vom 1. Juli 1956 bis 30. Juni 1957 auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1959 in Kraft.

Bonn, den 19. Juni 1959.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes
Dr. Lindrath

Druckfehlerberichtigung

In der durch Bekanntmachung (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 473) veröffentlichten Verordnung Nr. 3 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft muß in Artikel 45 Abs. 2 Satz 2 der letzte Halbsatz richtig heißen:

„die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.“